

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Brandenburg am 14. September 2014 - Wahnnachtbericht von Cornelia Hildebrandt

Inhalt

1. Zusammenfassung des Wahlergebnisse der Landtags- und Bürgermeisterwahlen	1
1.1 Ergebnis im Überblick	1
1.2 Erste zusammenfassende Überlegungen	1
1.3 Die Wahlbeteiligung	2
2. Erste Bewertung	4
2.1 Die parteipolitische Konstellation nach der Wahl	4
2.2 Der Brandenburger Weg wird fortgesetzt die Frage ist nur mit wem?	6
3. Aktuelle Themen und Parteienkompetenzen	9
3.1 Die wichtigsten Politikfelder und wahlentscheidenden Themen	9
3.2. Kompetenzzuschreibungen der Parteien	9
4. Wähler/-innenwanderungsbilanz	11
4.1. Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht	12

1. Zusammenfassung des Wahlergebnisse der Landtags- und Bürgermeisterwahlen

1.1 Ergebnis im Überblick

Tabelle 1 Ergebnisse der Landtagswahlen 2014 im Vergleich zu

	Landtagswahl 2014			Landtagswahl 2009			Differenzen	
	Stimmen	In v.H.	Sitze	Stimmen	In v.H.	Sitze	Diff. Zu 2009	Sitze
Wahlberechtigte	2.094.455	-		2.126.357	-			
WählerInnen	1.002.800	47,9		1.425.069	67,0		-422.269	
Gültige Stimmen	987.299	98,4		1.388.722	97,4		-404.974	
SPD	315.177	32,1	31	485.840	33,0	31	-170.663	0
LINKE	183.172	18,5	18	377.112	27,2	26	-193.940	-8
CDU	226.844	23	21	274.825	19,8	19	-47.981	+2
Grüne	60.762	6,1	6	78.550	7,2	7	-17.788	-1
FDP	14.389	1,5	0	100.123	5,7	5	-85.734	-5
NPD	21.619	2,2	0	355.401	2,6		-13.925	
Freie Wähler	26.332	2,7	3	23.296	1,7		3.036	
AfD	119.989	12,2	11				119.989	

Quelle: Landeswahlleiter / Darstellung Aylin Sever

1.2 Erste zusammenfassende Überlegungen

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 47,9 Prozent ihren bisherigen Tiefpunkt und bleibt somit auf dem Niveau der Wahlbeteiligung der Kommunalwahlen von 2014 mit 46,2 Prozent und den Euro-

pawahlen von 2014 mit 46,7 Prozent. Bisher lag die schlechteste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen (LTW) bei 54 Prozent im Jahr 1999 54,3 Prozent.

Die SPD bleibt trotz Stimmenverluste gegenüber 2009 noch immer stärkste Kraft mit 31,9 Prozent und 30 Mandaten. Zweitstärkste Kraft wurde die CDU mit 23 Prozent und 21 Mandaten. Nunmehr drittstärkste Kraft ist die LINKE mit 18,6 Prozent und 18 Mandaten. Die AfD ist nach den Wahlen in Sachsen auch erstmalig im Brandenburger Landtag mit 12,2 Prozent und 11 Mandaten vertreten. Mit ihrem zweistelligen Ergebnis übertrifft die AfD den Trend der Umfragen; sie konnte ihre regionalen Brandenburger Hochburgen, wie sie bereits bei den Kommunal- und Europawahlen sichtbar wurden, weiter ausbauen und darüber hinaus in weiteren Regionen erheblich zugewinnen. Sie liegt damit als vierte Kraft deutlich vor den Grünen, die mit 6,1 Prozent entgegen den Prognosen sich glaubhaft als Teil der Proteste gegen die Erweiterung des Kohleabbaus Welzow-Süd präsentieren konnte und so im Vergleich zu 2009 leicht zulegen.

Durch den Sieg des Spitzenkandidaten Christoph Schulze im Wahlkreis 25 (Teltow Fläming III) gelang es den Freien Wählern in den Landtag einzuziehen – in Brandenburg genügt hierfür der Sieg in einem Wahlkreis. Nicht mehr parlamentarisch vertreten ist die FDP.

Es bleibt dabei – es gibt im Brandenburger Landtag keinen Platz für die NPD oder andere rechts-extremistische Parteien.

Damit ergeben sich für die Regierungsbildung zwei Optionen: die Fortsetzung der rot-roten Koalition mit einer geschwächten LINKEN oder aber die Bildung einer großen Koalition mit einer gestärkten CDU. Im Wahlkampf erklärte der Spitzenkandidat der SPD Dietmar Woidke zwar immer wieder, dass es keinen Anlass gebe, die Pferde zu wechseln¹, zugleich würde jedoch eine große Koalition mit 51 von 88 Mandaten über eine deutlich stärkere Mehrheit verfügen als die knappe Mehrheit von Rot-Rot mit 47 Mandaten.

Aber nicht nur auf Seiten der SPD stellt sich die Frage nach der Fortsetzung von Rot-Rot. Auch die LINKE muss sich – angesichts ihrer herben Verluste bei diesen Landtagswahlen die Frage nach der Fortsetzung der rot-roten Koalition stellen.

Die Brandenburger LINKE hat auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit einiges erreicht wie das an den Mindestlohn und die Einschränkung der Leiharbeit gebundene Vergabegesetz. Unter Rot-Rot wurde das Schüler-Bafög durchgesetzt. Der Haushalt wurde auf den Erhalt und die Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge ausgerichtet. Mit der stärkeren Finanzierung der Kommunen wurden strukturelle Veränderungen eingeleitet, die mit dem Ziel gleichwertiger Lebensweise in allen Regionen Brandenburgs einer weiteren regionalen sozialen Spaltung entgegenwirken sollen. Die Arbeitslosigkeit sank und die Zahl der sozialversicherten Arbeitsplätze konnte erhöht werden, auch die Zahl der Lehrer in den Schulen. Die LINKE war dort erfolgreich, wo die größte Übereinstimmung mit den Positionen der SPD bestand. Aber darin besteht auch das Dilemma der LINKEN. Gerade die Erfolge auf dem ureigenen Feld der LINKEN als Partei der sozialen Gerechtigkeit werden der Regierung insgesamt, ihrem Regierungschef und damit vornehmlich der SPD zugeschrieben. Die LINKE dagegen trat als eigenständige politische Kraft gesellschaftlich und medial in den Hintergrund. Gleichzeitig konnte sich die LINKE als sozial-ökologische Partei bei der Kohle nicht durchsetzen (war selbst in dieser Frage gespalten) und hatte möglicherweise die gesellschaftskritische Ausstrahlung der Proteste unterschätzt, auch wenn das Themenfeld nicht zu den wahlentscheidenden Themen zählte. Dies ist deshalb wichtig, weil sie als deutlich kleinerer Koalitionspartner mit der Umsetzung ihrer Forderungen für eine sozial-ökologische Energiewende bis 2030 – einschließlich des Kohleausstiegs – mit einer unveränderten Position der SPD von 2009 konfrontiert wird. Ob die LINKE eine Fortsetzung der rot-roten Koalition muss auf der Grundlage solider Analysen diskutiert werden. Die Entscheidung fällt der Brandenburgische Landesparteitag.

1.3 Die Wahlbeteiligung

Mit einer Wahlbeteiligung von 47,9 Prozent bleibt diese auf dem Niveau der Wahlbeteiligung der Kommunalwahlen vom 25. Mai 2014 mit 46,2 Prozent und der am gleichen Tag stattgefundenen Europawahlen mit 46,6 Prozent. Dies ist auch deshalb dramatisch, weil offenbar die 38.000 Jungwähler zwischen 16 und 18 Jahren nicht zu Buche schlagen. Erstmals durften in einem Flächenland Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Doch diese Möglichkeit politischer Partizipation – von der Brandenburger LINKEN durchgesetzt, wird lediglich von nur wenigen Jugendlichen unter

¹ Landtagswahl in Brandenburg: Macht's Woidke wieder auf die linke Tour? <http://www.bz-berlin.de/berlin/umland/machts-woidke-wieder-auf-die-linke-tour>

18 Jahren genutzt; der Anteil an Wählern von Jugendlichen unter 25 Jahren ist um 7 Prozent gesunken.

Nun lag auch in der Vergangenheit die Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen in Brandenburg seit 24 Jahren eher zwischen 54 – 56 Prozent. Lediglich bei den ersten Wahlen 1990 und bei den Landtagswahlen 2009 zeitgleich zu den Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung bei ca. 67 Prozent.

Tabelle 2: Wahlbeteiligung und -berechtigte bei Landtagswahlen in Brandenburg seit 1990

Landtagswahl	Wahlberechtigte	WählerInnen	Wahlbeteiligung	Nichtwähler
Landtagswahl 1990	1.955.403	1.312.120	67,1	643.283
Landtagswahl 1994	1.933.680	1.089.161	56,32	844.519
Landtagswahl 1999	2.056.834	1116874	54,3	939.960
Landtagswahl 2004	2.117.147	1.194.192	56,41	922.953
Landtagswahl 2009	2.112.553	1425184	67,46	687.369
Landtagswahl 2014	2.094.455	1.002.518	47,9	1.091.655

Statistisches Landesamt/eigene Darstellung

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegenüber der LTW 2009 um ca. 18.000 Personen verringert. Zugleich blieb die Wahlbeteiligung mit 47,9 Prozent auf niedrigem Niveau. Damit wurde der Brandenburger Landtag von knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Die drei potentiellen Regierungskoalitionen (SPD + LINKE bzw. SPD + CDU) entsprechen einem Anteil der Wahlberechtigten von 22 bzw. 24 Prozent. Immerhin präsentiert der Landtag 88 Prozent und die potentiellen Regierungsparteien knapp 50 bzw. 54 Prozent der Wähler.

Zu den Ursachen dieser geringen Wahlbeteiligung, die am Wahlabend genannt werden, gehört das Fehlen der Wechselstimmung: die größte Zustimmung erhielt bei einer Befragung der Brandenburger im August 2014 (gleichbleibend zum Januar 2014) die rot-rote Koalition. Die große Koalition erhielt dagegen lediglich 17 Prozent Zustimmung, andere 15 Prozent – darunter SPD und Grüne: 6 Prozent sowie CDU und Grüne lediglich 2 Prozent – beide letztgenannten sind rechnerisch derzeit nicht möglich.

Ähnlich wie in Sachsen wird auch in Brandenburg die wirtschaftliche Entwicklung des Landes positiv betrachtet. Bei einer Befragung von infratest dimap vom August 2013 beschrieben 62 Prozent die wirtschaftliche Situation des Landes als sehr gut oder gut, 37 Prozent eher weniger gut und sieben Prozent schlecht.² Bei einer aktuellen Umfrage von infratest dimap betrachten 82 Prozent ihre persönliche Wirtschaftssituation als gut, lediglich 16 Prozent schlecht. 66 Prozent sehen auch die wirtschaftliche Situation des Landes positiv nur 32 Prozent sehen diese eher schlecht.³ All dies hat eine reale Grundlage: Brandenburg erzielte 2013 ein Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent und lag um 0,4 Prozent über der Wachstumsrate Deutschlands. Die Arbeitslosenquote fiel auf 9,9 Prozent und liegt damit um 2,4 Prozent unter dem Niveau von 2009. Gestiegen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs um 35.000 auf insgesamt 772.000. Dies sind 4,5 Prozent mehr als 2009. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt 2013 um 15,3 Prozent über dem Niveau von 2009.

Ein ähnliches Bild stellt sich hinsichtlich der Zufriedenheit mit den Brandenburger Politikern. Die Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten war gegeben. Die Mehrheit von SPD (85 Prozent), LINKE (78 Prozent), CDU (58 Prozent) und Grüne (66 Prozent) sehen in Dietmar Woidke einen guten Ministerpräsidenten. 66 Prozent der Brandenburger würden ihn bei Direktwahlen wählen.

² Umfrage infratest dimap vom August 2013 <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/brandenburg/laendertrend/2013/august/>

³ Infratest dimap vom 14.9.2014 <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/index.shtml>

Tabelle 3 Zufriedenheit mit der Regierung

	sehr zufrieden	Zufrieden	weniger zufrieden	gar nicht zu-
09/2014	49		45	
08/2014	59		39	
07/2014	63		33	
04/2014	61		35	
05/2013	43		52	
12/2012	51		44	
12/2011	45		51	
09/2010	47		48	
09/2009	57		40	
LTW 2009	2	56	35	6
LTW 2004	3	53	34	6

Quelle: BrandenburgTREND infratest dimap, Darstellung: Aylin Sever

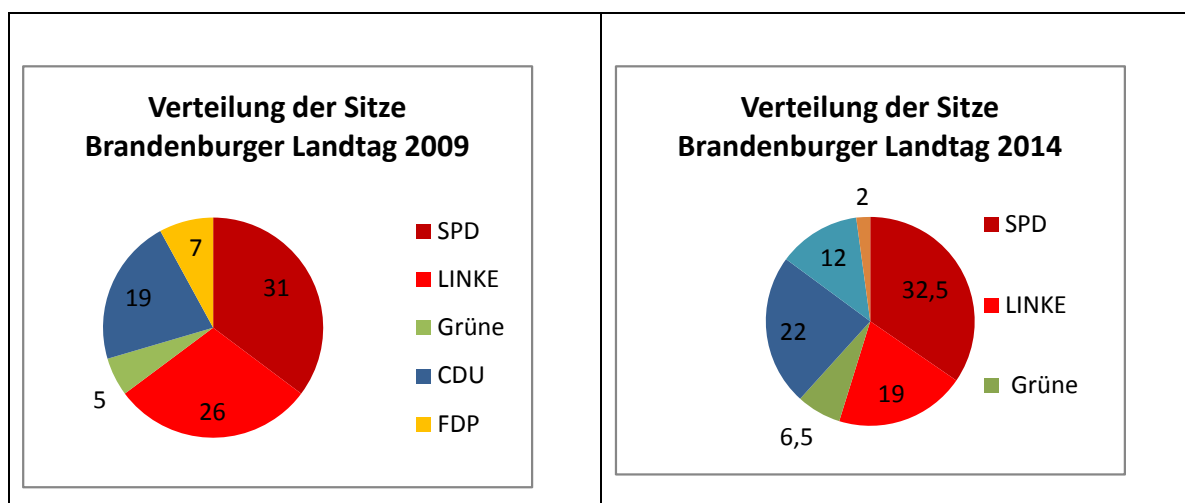
Aber der Verweis auf die relativ stabile wirtschaftliche Situation – die persönliche wie auch die des Landes – und die Zufriedenheit mit dem Amtsinhaber wie auch der Regierung reicht nicht zur Erklärung des Ausmaßes der Wahlenthaltung. Bei der Umfrage unter Nichtwählern von Infratest dimap erklärten 78 Prozent, dass Politiker nur ihre eigenen Interessen verfolgen würden, 77 Prozent, dass es zwar viele Parteien gäbe, aber keine der Parteien etwas bewirke und 55 Prozent drücken mit der Wahlenthaltung ihre Unzufriedenheit mit den Parteien aus⁴.

Es fehlte ein überragendes und vor allem mobilisierendes Wahlkampfthema. Ob der Kampf gegen die Erweiterung des Braunkohletagebaus Welzow Süd Auswirkungen auf die Wahlergebnisse hatte, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht sagen. Die Wahlbeteiligung in den betroffenen Gemeinden z.B. wie in Welzow (WK Spree-Neiße) bleibt durchschnittlich. Allerdings verzeichnen die beiden Wahlkreise (WK 41 und WK 42) eine überdurchschnittliche Abwanderung von den LINKEN um 13 Prozent.

2. Erste Bewertung

2.1 Die parteipolitische Konstellation nach der Wahl

Es gibt in Brandenburg künftig ein Sechsparteienparlament mit SPD, CDU, LINKE, Grüne, AfD und Freie Wähler. Damit setzt sich der Landesparteitag wie folgt zusammen.



⁴ Tagesschau.de <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/index.shtml>

Der Brandenburger Landtag setzt sich grundsätzlich aus 88 Abgeordneten zusammen von denen 44 durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und die übrigen durch Verhältniswahl nach den Landeslisten der Parteien und Vereinigungen gewählt werden. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate kann diese Zahl *Brandenburgisches Landeswahlgesetz* noch auf maximal 110 erhöht werden. Wie stellt sich die Zusammensetzung des Brandenburger Landtags nach den vorläufigen Hochrechnungen dar?

Die SPD verlor zwar im Vergleich zu 2009 ca. 170.000 Wähler, sie blieb jedoch mit 31,9 Prozent stärkste Kraft. Sie verlor über 85.000 Stimmen an die Nichtwähler, über 11.000 an die AfD und ca. 10.000 an die CDU. Sie konnte sich jedoch als *die* erfolgreiche Regierungspartei – als die „Brandenburg-Partei“ – präsentieren und sich auf die Zufriedenheit mit der Regierung und ihres Ministerpräsidenten stützen, auch wenn dies durch einen Anteil von unter einem Drittel der abgegebenen Stimmen nicht wirklich gedeckt ist.

Das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen LINKEN und SPD in sozialen Fragen wurde für die LINKE zum Problem. Die hierbei umgesetzten Forderungen wie das an Mindestlohn und Einschränkung der Leiharbeit gebundene Vergabegesetz, das bundesweit bisher einzige Schüler-Bafög oder der Erhalt und die finanzielle Absicherung der Krankenhausstandorte wurden der Regierung und vornehmlich der SPD und ihren Ministerpräsidenten zugeschrieben. Die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs haben das stabile Regieren unter Führung der SPD honoriert, unterstützen anders als in Thüringen auch vornehmlich die Regierungsbeteiligung der LINKEN, können aber nicht erkennen, dass diese Partei mehr leisten konnte, als nur zu einer originär sozialdemokratischen Politik ihrerseits beizutragen. Das eigenständige Profil der LINKEN war weniger erkennbar und blieb im „Schatten“ des größeren Koalitionspartners. Über 100.000 Linkswähler blieben der Wahl fern, knapp 20.000 frühere LINKE-Wähler wandten sich der AfD zu. Die Wählerwanderung zu den Grünen blieb mit ca. 2000 Wählern eher gering. Die LINKE ist nunmehr mit 17 Abgeordneten im Landtag vertreten.

Die Verluste der CDU im Vergleich zu SPD und LINKE sind zwar deutlich geringer, denn verlor auch sie gegenüber den Landtagswahlen von 2009 knapp 50.000 Stimmen ihrer Stimmen. Prozentual legte sie von 19,2 Prozent auf 21 Prozent zu. Sie verlor ca. 36.000 Wähler an die Nichtwähler und ca. 18.000 frühere CDU-Wähler gaben 2014 ihre Stimme der AfD. Allerdings konnte sie ca. 10.000 frühere Wähler der SPD, ca. 7000 der FDP und auch 2.000 frühere Grüne-Wähler für sich gewinnen. Sie ist nunmehr mit 21 Abgeordneten im Parlament vertreten.

Die Grünen haben im Vergleich zu 2009 ca. 22.000 Wähler verloren, können jedoch ihr Ergebnis im Vergleich zu den Europa- und Kommunalwahlen 2014 weitgehend halten. Im Unterschied zu den Umfragen, die immer wieder von einer Zitterpartie der Grünen sprachen, sind die Grünen doch sicher in den Landtag eingezogen. Als Teil der Proteste gegen den Braunkohletagebau Welzow Süd konnte sie ihre Kernwählerschaft mobilisieren.

Von 2009 bis 2014 war der Brandenburger Landtag mit SPD, LINKE; CDU, FDP und Grüne ein Fünf-Parteien-Parlament. Mit den Freien Wählern wird es für die nächste Wahlperiode zu einem Sechs-Parteien-Parlament. Die FDP, die bereits von 1994 bis 2009 nicht im Brandenburger Landtag präsent war, erlangt mit 1,5 Prozent ihr historisches Tief. Damit verliert die FDP auch in Brandenburg ihre parlamentarische Verankerung und ist nunmehr in keinem Landtag vertreten. Dies kündigte sich schon bei den Europawahlen mit 2,1 Prozent für die FDP in Brandenburg an. Offenbar ist es für jede Partei – so auch für die FDP – schwierig, gegen den Bundestrend zu gewinnen. Zudem konnten die Bürgerinnen und Bürgern keine besondere landespolitische Funktion der FDP erkennen.

Neu im Parlament ist die AfD mit 12 Prozent. Auch diese Entwicklung deutete sich – ähnlich wie bei der FDP – bereits bei den Bundestags- und mehr noch bei den Europa- und Kommunalwahlen 2014 an. Sie konnte knapp 120.000 Stimmen aus allen politischen Lagern für sich gewinnen, insbesondere von der CDU (18.000), von den LINKEN (20.000), von der FDP (17.000) und vor allem von anderen Parteien (27.000) sowie 12.000 Stimmen von Nichtwählern.

Die NPD war bisher nicht im Brandenburger Landtag vertreten und so bleibt es auch für die nächste Wahlperiode.

Die bereits von Horst Kahrs und Benjamin Hoff bei der Bundestagswahl diagnostizierte Schwäche der Parteien links von der Union findet in auch in Brandenburg ihre Fortsetzung: Linke, SPD und Grüne verlieren zusammen knapp 20% ihrer Stimmen von 2009 d.h. über 380.000 ihrer Wähler. Ihr gemeinsamer Stimmenanteil (Verhältnis von Wählerstimmen der Parteien zu den abgegebenen Stimmen) ist um 10 Prozent gesunken von 66 Prozent 2009 auf 56 Prozent 2014. Der AfD

gelingt es, in ähnlicher Größenordnung Bürgerinnen und Bürgern an sich zu binden. „Sagen, was ist“, Protest, offene Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen wird bei von Teilen der Bevölkerung bei der AfD gefunden. Gerade schwächere soziale Gruppen wandern zudem ins Lager der NichtwählerInnen ab. Ein Umbau im konservativ-liberalen Parteienspektrum (Aufstieg der AfD, Abstieg der FDP, Rolle der Freien Wähler, das faktische Verschwinden der Piratenpartei) einerseits, zu geringe Mobilisierungskraft und Ausstrahlung von SPD, Grünen und LINKEN sowie Verfestigung der Nichtwählerschaft erzeugen auf Bundesebene wie in vielen Bundesländern eine Tendenz hin zu Koalitionen zwischen CDU und SPD. Fluidität des Parteiensystems und eine Politik des Austarierens der Interessen und des stabilen Managements prägen die Lage.

2.2 Der Brandenburger Weg wird fortgesetzt die Frage ist nur mit wem?

.Der „Brandenburger Weg“ begann mit der Besonderheit, dass nur hier die SPD – im einzigen ostdeutschen Land mit dem *Ostdeutschen* früheren Konsistorialpräsidenten der Evangelischen Kirchen in der DDR, Manfred Stolpe, bei den Brandenburger Landtagswahlen 1990 stärkste Partei wurde. Seit dieser Zeit ist die SPD in Brandenburg DIE Regierungspartei – nunmehr seit 24 Jahren. Sie selbst versteht sich als „die Brandenburg-Partei“. Manfred Stolpe galt immer Vermittler in unterschiedliche politische Lager und prägte einen Regierungsstil, der nicht nur zwischen den Regierungsparteien, sondern auch zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien kooperatives Zusammenarbeiten ermöglichte – letztlich das, was später als der „Brandenburger Weg“ galt. 2002 trat er zugunsten von Matthias Platzeck zurück, der das Amt des Ministerpräsidenten bis zum August 2013 innehatte. Dietmar Woidke ist nunmehr Nachfolger von Platzeck – also jemand, der selbst seit 1994 Mitglied der Brandenburger SPD Fraktion war, die Fraktion leitete und zwischen 2010 – 2013 Innenminister von Brandenburg war. Diese personelle Entwicklung steht darüber hinaus auch für ein politisch-pragmatisches Politikverständnis, das auf Sachlichkeit und „Bodenständigkeit“ ausgerichtet war – ein Image auf das sich nahezu jede Partei im Brandenburger Wahlkampf berief. Das Wahlprogramm der SPD 2014 beschrieb kurz und knapp das „Weiter-so“ – dies war mit der LINKEN gewollt und deshalb öffentlich verkündet – unter der Voraussetzung entsprechender Wahlergebnisse. Das Anliegen, das Soziale mit solider Wirtschaft und Finanzen zu verbinden, bot reichlich Räume für rot-rote Politik, so dass Landesentwicklung mit sozialem und ökologischem Augenmaß möglich wurde. Das Augenmaß schloss jedoch aus Sicht der SPD die Braunkohle nicht ein, so dass mit Abschluss des Koalitionsvertrages mit der LINKEN diese Bruchstelle bereits gekennzeichnet war.

Für die SPD stellt sich nach dem dramatischen Absturz der LINKEN auf 18,6 Prozent die Frage entweder nach Fortsetzung der rot-roten Politik mit einer geschwächten LINKEN, wobei unklar ist, ob angesichts der massiven Verluste, die Gremien der LINKEN selbst den Weg für eine erneute rot-rote Koalition offen halten, oder der Weg in die große Koalition – anschlussfähig zur großen Koalition auf Bundesebene. Beide Koalitionen sind rechnerisch möglich: rot-rot mit einer knappen Mehrheit von 47 Mandaten (+2) und einer bequemen Mehrheit von 51 Mandaten.

Dietmar Woidke hat noch in der Wahlnacht erklärt, dass er mit beiden Spitzenkandidaten den Parteien von CDU und LINKE Gespräche führen wird. Er verwies darauf, dass Rot-Rot das Land vorangebracht habe, wirtschaftlich, sozial und finanziell. Seit 2011 werden in Brandenburg keine neuen Schulden mehr gemacht. Zugleich wurde der Haushalt sozial ausgerichtet. Woidke und hinter ihm die Brandenburger SPD stehen für solide Ansätze. Woidke selbst lege weniger Wert auf „auf Symbolik, auf Effekte, kurzfristige Erfolgsmeldungen“. Er setzt auf Verlässlichkeit und Leistung und „will alles ein bisschen besser machen. ...mehr Lehrer, mehr Arbeitsplätze, mehr Geld für Straßen“⁵ und sieht sich in der Tradition von Stolpe, Regine Hildebrandt und Matthias Platzeck. Er lehnt Gentechnik ab, will die NPD verbieten.

Koalitionen mit wem, bleibt in der Wahlnacht offen. Die Brandenburger sind offen für beide Optionen: 45 Prozent sprechen sich für die Fortsetzung von Rot-Rot aus und 46 Prozent für die große Koalition. Allerdings wollen 61 Prozent die SPD in der Regierung sehen und nur 39 Prozent die LINKEN. Innerhalb der SPD gibt es mit 54 Prozent eine Mehrheit für Rot-Rot.

Betrachtet man die Wahlkampf entscheidenden Themen so waren diese Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarktpolitik, Sozial- und Familienpolitik. Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik sind Kompetenzen, die stärker bei der LINKEN zu finden sind, als bei der CDU. Dieser werden wiederum Kompetenzen auf dem Feld der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsplätze und der Finanzpolitik zuge-

⁵ Der nette Riese. Berliner Zeitung, S. 3 vom 11.9.2014

schrieben. Aber gerade auf den Feldern der Wirtschafts- und Finanzpolitik waren in den letzten vier Jahren LINKE-Politiker zuständig. D.h. die SPD weiß, mit wem und womit sie zu rechnen hat.

2.3 DIE LINKE: geschwächte Regierungspartei oder zweitstärkste Opposition

Alle Parteien verloren im Vergleich zu den Landtagswahlen von 2009, die zeitgleich zu den Bundestagswahlen stattfanden, einen Teil ihrer Wählerschaft, Die LINKE verlor über 190.000 Wähler. Sie wurde mit 18,6 Prozent nach SPD und CDU nunmehr drittstärkste Partei. Sie verlor über 100.000 vor allem an die Nichtwähler.

Tabelle 4: Wähler der LINKEN im Verhältnis zu Wahlberechtigten und Wählern

Landtagswahl	Wahlberechtigte	WählerInnen	PDS/LINKE-Wähler	in v.H.
Landtagswahl 1990	1.955.403	1.312.120	170.804	13,41
Landtagswahl 1994	1.933.680	1.089.161	200.628	18,70
Landtagswahl 1999	2.056.834	1.116.874	257.309	23,34
Landtagswahl 2004	2.117.147	1.194.192	326.801	27,96
Landtagswahl 2009	2.112.553	1.425.184	377.084	27,15
Landtagswahl 2014	2.094.455	1002800	183.172	18,60
Verlust von 2009 zu 2014			193.940	
Verlust von 2004 zu 2014			143.629	

Sie verfehlte nicht nur ihr Wahlziel – das Ergebnis ist eine herbe Niederlage, die unterschiedliche Ursachen hat. Die Suche nach Antworten muss deshalb vielschichtig sein.

1. Dazu gehört natürlich erstens die Analyse der rot-roten Regierungspolitik. Betrachtet man hierzu die Forderungen der Brandenburger LINKEN von 2009, deren Verankerung im Koalitionsvertrag und deren Umsetzung – und die Weiterentwicklung der Politikansätze im Wahlprogramm der Brandenburger LINKEN von 2014 – lässt sich, ohne hier eine Bilanz der Brandenburger rot-roten Regierungsbeteiligung insgesamt vorzunehmen, feststellen, dass die Brandenburger LINKE *nicht* an einem fehlenden *sozialen* Profil einer Partei der sozialen Gerechtigkeit gescheitert ist. Sie hat gerade in vielen sozialen Fragen wie Mindestlohn, Vergabegesetz, der Verbesserung von Arbeitsbedingungen u.a. von Lehrern und Erziehern und bei der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge konkrete Ergebnisse vorzuweisen. Dazu gehört die Einstellung von 2.500 Lehrern, die Senkung des Betreuungsschlüssels in Kitas, der Erhalt von Schulstandorten trotz sinkender Schülerzahlen. Alle 63 Krankenhausstandorte bleiben erhalten und werden finanziell abgesichert. Dazu gehört auch die Suche nach flexiblen Betreuungsangeboten in Pflege und Gesundheitsbereich (Gemeineschwester-Programm AGNES 2) und der Umgang mit den neuen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft, die sich aufgrund der Abwanderung in den vergangenen Jahrzehnten in den ostdeutschen Bundesländern beschleunigt vollzieht. Das, was die Brandenburger LINKE erreicht hat, präsentierte sie als Erfolge des rot-roten Regierens, jedoch nicht gleichermaßen als Erfolg der Partei DIE LINKE.

Damit wird ein strukturelles Dilemma aufgeworfen, vor dem jede rot-rote Regierung steht, in der DIE LINKE als der kleinere Koalitionspartner agiert. Erfolge – so die Brandenburger Erfahrungen – sind nur dann möglich, wenn der Koalitionspartner diese mitträgt, so dass sie zum gemeinsamen Projekt werden. Als gemeinsames Projekt werden sie jedoch bei Wahlkämpfen vor allem jenen zugeschrieben, denen man politisch die größeren Kompetenzen zuschreibt. So wird bei der Frage der Kompetenz: Partei für soziale Gerechtigkeit zu sein. den Sozialdemokraten ein Wert von 40 zugeschrieben (+2), der LIKEN 33 (-2).

Außerdem wird der SPD wirtschaftliche Kompetenz (39), arbeitsmarktpolitische Kompetenz (38), Kompetenz auf dem Feld der Familienpolitik (38) und für das Politikfeld Bildung (36) zugeschrieben. Zu den Kompetenzen der LINKEN gehört neben soziale Gerechtigkeit auch Familienpolitik (29), Bildungspolitik (23) und Integrations- und Ausländerpolitik (19). Die Erfolge der Finanz- und Haushaltspolitik spiegeln sich nicht wider und auf dem Feld der Wirtschaftspolitik wird diese auch nicht sichtbar. Dabei hat die LINKE zugleich den Wirtschafts- wie den Finanzminister gestellt. D.h. die LINKE muss nach Wegen suchen und Projekte ent-

wickeln, die ihre Eigenständigkeit und zugleich Offenheit für gesellschaftliche und politische Kooperationen aufzeigt und konkret erfahrbar werden lässt. Gerade dann, wenn es keine ausreichende Übereinstimmung der Interessen von SPD und LINKE zur Durchsetzung LINKER Forderungen gibt, muss *langfristig* gesellschaftlicher Druck aufgebaut oder eben genutzt werden wie z.B. die Demonstrationen gegen die Erweiterung des Braunkohletagebaus. Der Verweis, dass diese Frage für die Mehrheit der Brandenburger nicht relevant ist, beschreibt als Antwort auf den gesellschaftlichen und medialen Druck eher die Hilflosigkeit der LINKEN und macht sie angesichts des zu wenig sichtbaren sozialen Profils der Brandenburger LINKEN symbolträchtig zum Appendix der Sozialdemokraten.

- 2009 stand die LINKE auf dem bisherigen Zenit ihrer bisherigen Entwicklung. 11,9 Prozent erhielt sie bei den Bundestagswahlen, 5,1 Mio. Menschen wählten die LINKE, vier Jahre später wählten sie nur noch 3,7 Mio. Menschen, d.h. 1,4 Mio. Menschen weniger. Die LINKE konnte weder auf Bundes- noch auf Länderebene – unabhängig von ihrer Stellung als Oppositions- oder Regierungspartei an die Werte von 2009 anknüpfen. Thüringen 2014 zeigt, wie dies möglich ist und verweist zugleich auf eine Schwäche der Brandenburger LINKEN. Bodo Ramelow begann seine Arbeit im Erfurter Landtag im Jahr 1999. Von 1999 bis 2001 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ab 2001 Vorsitzender. 2003 nominierte ihn die damalige PDS erstmalig als eigenständigen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten für die Landtagswahlen 2004 und 10 Jahre später holt er das bisher beste Ergebnis, das ein Landesverband der LINKEN bei Landtagswahlen holen konnte – auch als Ergebnis von 10 Jahren Arbeit.

Um das personelle Problem der Brandenburger noch deutlicher zu machen - nachfolgend eine Aufstellung zur Politikerzufriedenheit und den Bekanntheitsgrad der Brandenburger SPD und LINKEN. Dabei geht es weniger um den Ministerpräsidenten, als vielmehr um den Bekanntheitsgrad der Politiker der LINKEN und vor allem die Notwendigkeit einer *langfristig* angelegten Personalentwicklung als zentrale Aufgabe des Landesverbandes. Ohne Personalisierung von Parteipolitik ist die eigenständige Profilierung gerade in der Regierung nicht möglich.

Tabelle 5: Politiker/-innenzufriedenheit

Person	Sehr zufrieden/zufrieden			Weniger oder gar nicht zufrieden			Bekanntheitsgrad		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Matthias Platzeck (SPD)	73	73		17		18	97	96	
Dietmar Woidke (SPD)	32	42	59	17	18		60	62	77
Günter Baaske (SPD)	33	32		15	13		61	46	
Martina Münch (SPD)	24	25		16	16		53	43	
Jörn Vogelsänger (SPD)	23	26		16	10		55	38	
Christian Görke (LINKE)		8	24			12		9	38
Anita Tack (LINKE)	29	20		11	14		41	36	
Helmuth Markov (LINKE)	20	16		13	14		43	31	
Ralf Christoffers (LINKE)	19	17		10	11		38	30	
Volkmar Schöneburg (LINKE)	18	13		10	8		41	23	
Axel Vogel (Grüne)	16	10		9	10		34	27	
Sabine Kunst (parteilos)	15			10			34		
Kerstin Kaiser	14			15			43		

Quelle: BrandenburgTrend infratest dimap / Eigene Darstellung

Der Wahlkampf der AfD war erkennbar darauf angelegt, Protestwähler ebenso zu gewinnen wie Stimmen aus den Milieus von LINKE, SPD, CDU, FDP und NPD. Das Programm der AfD ist entsprechend ein erstaunlicher Mix aus rechtspopulistischen, sozialen und auch traditionell linken Forderungen wie die mobile Betreuung von Patienten durch Gemeindeschwester Agnes oder die

Ost-West-Angleichung der Gehälter im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege. Beitragsfreiheit für Kinder in den Sozialversicherungskassen, Studieren mit Kind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein kostenloses Freizeitticket für Jugendliche, die Beibehaltung von Kopfnoten und der Anspruch auf ganzheitliche Bildung sowie die Ablehnung der Gemeinschaftsschule finden sich aneinander gereiht im AfD-Programm. Reale Probleme und gefühlten Lebenslagen werden kaum unterschieden, so dass das Spiel mit der Angst vor Kriminalität in den Grenzregionen zu Polen mit Vorwürfen zur geschönten Kriminalitätsstatistik verbunden werden kann. Das Sicherheitsempfinden der Bürger wird verknüpft mit der Bedeutung von Selbstvorsorgemaßnahmen. Die Zuwanderung in die Sozialsysteme – als Anspruch auf ein leistungsloses Einkommen wird analog der NPD abgelehnt. Gefordert wird gleichermaßen die unverzügliche Abschiebung bei abgelehnten Asylanträgen. Zuwanderungsmodelle sollten sich am kanadischen Modell orientieren und außerdem sollen Mitspracherechte von Bürgern bei der Unterbringung von Asylbewerbern ausgeweitet werden.

Allerdings werden im Brandenburger Programm der AfD rechtsextreme Sprachcode weitgehend vermieden oder mit bewusst mit ostdeutschen Sprachcodes und Bildern verbunden.

Zu den Wählern der AfD gehören eher Männer als Frauen. Die Sozial- und auch die Altersstruktur der AfD ist jedoch breit gefächert, so dass sich von der AfD-Brandenburg jene angesprochen fühlen mit wenig gewürdigter DDR-Biographie, mit unterbrochen oder prekären Erwerbsbiographien – ohne Chance zum Abwandern oder auch jene auf vielfältige Weise Verunsicherte oder Orientierung Suchende.

3. Aktuelle Themen und Parteienkompetenzen

3.1 Die wichtigsten Politikfelder und wahlentscheidenden Themen

Im BrandenburgTrend erfragte Infratest dimap, wie auch bei den anderen Wahlen, die wichtigsten politischen Probleme der Wählerinnen und Wähler. Ähnlich wie in Sachsen erhielt Bildung mit 24 Prozent den höchsten Wert, gefolgt von Wirtschaft (20 Prozent), Arbeitsmarktpolitik (19 Prozent), Sozialpolitik (18 Prozent) und Familienpolitik (11 Prozent). Keine wahlentscheidende Rolle spielte die Frage der Kriminalität für das gesamte Bundesland, obwohl gerade in den Grenzregionen zu Polen wie im Wahlkreis WK 29 (Oder-Spree II) oder Frankfurt/Oder die Frage der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität ein reales Problem darstellt.

Auch keine zentrale Rolle spielt der Braunkohleabbau. Dennoch ist bemerkenswert, dass sich alle Parteien für ein Auslaufen der Braunkohleförderung bis 2029 aussprechen, darunter die Grünen mit 80 Prozent, SPD und LINKE mit 52 Prozent und die CDU immerhin mit 47 Prozent.

25 Jahre nach der Wende ist laut Umfrage von Infratest dimap die Mehrheit der Wähler aller Parteien (71 Prozent) mit der Wiedervereinigung zufrieden, wobei dies bei der LINKEN nur für 51 Prozent der Wähler zutrifft, bei den SPD Wählern 80 Prozent und den Wählern der CDU mit 85 Prozent. Bei den Grünen sind es 70 Prozent, zugleich zählen sich 75 Prozent der Wähler der Grünen zu den Gewinnern der Wiedervereinigung. Bei den Wählern der CDU sind dies 72 Prozent, bei denen der SPD 66 Prozent. Deutlich niedriger sind diese Werte bei den LINKEN mit 46 Prozent, bei der AfD mit 39 Prozent und bei den Nichtwählern 51 Prozent.

3.2. Kompetenzzuschreibungen der Parteien

Die Zuschreibung von Lösungskompetenz an die Parteien ist einer der zentralen Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung. Dabei haben die Parteien traditionell unterschiedliche Kompetenzschwerpunkte.

Tabelle 6 Parteikompetenzen Juni 2014 in Brandenburg

Kompetenzfeld	SPD	CDU	LINKE	FDP	Grüne	NPD	AfD	Ich weiß nicht
Wirtschaft in Brandenburg voranbringen	34	39	7	2	1			16
	34	29	3	3	3			26
Kriminalität und Verbrechen in Brandenburg bekämpfen	29	30	9	1	1			26
	28	27	5	1	1			35
gute Schul- und Bildungspoli-	36	23	18	1	4			15

tik	38	16	13	2	5			24
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	37	13	29	1	3			15
	40	10	21	1	4			21
Die wichtigsten Probleme Brandenburgs lösen	39	23	10	1	2			23
	40	17	5	1	4			30

Quelle: BrandenburgTrend Infratest dimap Werte Juni 14 und Vergleichswerte August 14 Darstellung: Aylin Sever

DIE LINKE sieht sich auf dem Kompetenzfeld »Soziale Gerechtigkeit« einer wachsenden Konkurrenz der SPD ausgesetzt, die mit der Durchsetzung der Mindestlöhne wieder Vertrauen zurückgewonnen hat. Gleichzeitig verzeichnet die CDU auf diesem Feld einen erheblichen Vertrauensverlust. Ein zweites Feld, auf dem SPD und LINKE mit der CDU konkurrieren, ist die Kompetenz in der Schul- und Bildungspolitik. Auf den Feldern Arbeitsplätze, Wirtschaft, Verkehr und Kriminalität liegt die CDU deutlich vor den beiden Parteien. Auf vier von sechs Feldern, die die Sachsen für die wichtigsten landespolitischen Themen halten, lag die CDU also deutlich vorn.

Tabelle 7: Wer sorgte am ehesten für soziale Gerechtigkeit?

	1999	2004	2009	2014
SPD	42	30	38	40
Linke	23	40	35	33
CDU	17	11	12	12

Tagesschau.de

Tabelle 8: Aussagen zu den Parteien

	CDU	LINKE	SPD	AfD
Merkel sorgt dafür, dass es den Deutschen trotz der Krisen gut geht	69			
Sollte AfD nicht ausgrenzen, sondern normal mit ihnen sprechen	63			
Ihr fehlt in Brandenburg Führungspersonal	76			
Vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer	63			
Ist zu zerstritten, um zu regieren	54			
Löst keine Probleme, aber nennt sie beim Namen		84		
Kümmert sich am ehesten um die Probleme in Ostdeutschland		61		
Sollte weiterhin an der Regierung beteiligt sein		59		
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich		54		
Findet ihr Verständnis für russische Positionen im Ukraine-Konflikt gut		51		
Hat Brandenburg nach vorn gebracht			69	
Ist dank der Durchsetzung des Mindestlohns wieder glaubwürdiger			62	

Hat mit Hartz IV ihre Prinzipien aufgegeben		50	
Ihr fehlt nah Platzeck ein richtiger Landesvater		58	
Löst keine Probleme, aber nennt sie beim Namen			60
Es geschieht den anderen Parteien recht, dass die AfD die Parteien aufmischt			59
Sie sollte im Landtag vertreten sein			41
Ist eine gute Alternative für die CDU			36
Vertritt Positionen, die mir wichtig sind			34

Quelle: Tagesschau.de – Darstellung frei nach Benjamin Hoff

4. Wähler/-innenwanderungsbilanz

Nachfolgender Text stützt sich auf die Wahlanalyse von Horst Kahrs und Benjamin Hoff zur Landtagswahl Sachsen 2014.

Zur Berechnung der WählerInnenwanderungsbilanz werden anhand der Ergebnisse der Fragen nach aktueller und vorheriger Wahlentscheidung Wanderungsströme zwischen den Parteien bzw. „Haltequoten“ (Wähler pro Partei, die bei beiden Wahlen die gleiche Partei gewählt haben) geschätzt. In der Wanderungsbilanz werden Zuzug und Wegzüge sowie neue ErstwählerInnen und Verstorbene in der Bevölkerung berücksichtigt. Weiterhin wird die Gruppe der NichtwählerInnen einbezogen.

Genutzt werden für die Analyse amtliche Repräsentativstatistiken der letzten Wahlen, amtliche Bevölkerungsstatistiken, repräsentative Umfragen vor der Wahl und die Wahltagsbefragung. Bei der letztlich vorgenommenen Wählerstromkonto-Berechnung für jede Partei werden die Einzelströme auf 1.000 gerundet. Dadurch ergeben sich Differenzen zum amtlich Endergebnis.

Die Wählerstromanalyse von Infratest dimap spiegelt diese Befunde wieder. Die Tabelle ist wie folgt zu lesen: Die CDU kann naturgemäß mit der CDU keine Wählerinnen austauschen. Wo CDU-Zeile und CDU-Spalte aufeinander treffen, ist demzufolge keine Zahl vermerkt. Die CDU gibt aber an die SPD 11.000 Wählerinnen ab. Diese sind mit einem Minus-Zeichen (-) vermerkt. In der SPD-Zeile sind diese 11.000 Stimmen wiederum positiv saldiert.

Tabelle 9: **Wähler/-innenwanderung bei der LTW Brandenburg 2014**

	CDU	LINKE	SPD	FDP	Grüne	AfD	Andere	Nichtw.
CDU	-	1.000	10.000	7.000	2.000	-18.000	1.000	-36.000
LINKE	-1.000	-	-7.000	3.000	3.000	-20.000	-1.000	-115.000
SPD	-10.000	7.000	-	3.000	-2.000	-12.000	-2.000	-85.000
FDP	-7.000	-3.000	-3.000	-	-2.000	-18.000	-6.000	-41.000
Grüne	-2.000	-3.000	2.000	2.000	-	-1.000	-7.000	-7.000
AfD	18.000	20.000	12.000	17.000	1.000	-	39.000	-12.000
Andere	-1.000	6.000	3.000	2.000	4.000	-27.000	-	
Nichtw.	36.000	115.000	85.000	41.000	7.000	-12.000	23.000	-

Quelle:<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml>

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sie keine Auskunft über die den Zeitpunkt und die Gründe der Wanderung von einer Partei zur anderen geben.

So kann die Bewegung zur AfD bereits bei der Bundestagswahl oder der Europawahl erfolgt sein, unter den AfD-WählerInnen können sich also viele befinden, die zum zweiten oder dritten Mal die AfD gewählt haben und nicht erst in den letzten Wochen von der CDU, der Linken oder einer anderen Partei abgewandert sind.

Die Wanderungssalden zeigen mehrere besonders bemerkenswerte Aspekte:

1. CDU, SPD, LINKE und FDP verlieren am stärksten an die Nichtwähler und danach an die AfD.
2. Allerdings sind bei keiner Partei die Abgänge so hoch wie bei der LINKEN mit ca. 115.000. Die LINKE hatte somit vor allem auch ein Mobilisierungsproblem.
3. Die AfD gewinnt von allen Parteien aus allen politischen Spektren vor allem von den LINKEN, der CDU, der FDP und jenen Parteien, die unter „andere“ subsumiert sind. Die Partei hat hinsichtlich ihrer Wählerschaft den Charakter einer Sammlungspartei.
4. CDU und die Linke haben ein »Problem« mit der AfD und der Mobilisierung der eigenen Wählerinnen.
5. Die Wählerschaft der FDP splittet im stärkeren Maße auf in Richtung AfD-nationalliberales Lager, in Richtung CDU sowie in Wahlenthalter; Die Aufsplitterung in das soziallibertäre Lager ist dagegen deutlich schwächer.

4.1. Die Parteien nach Herkunft, Bildung und Geschlecht

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.

Tabelle 8: Wer wählte wen?

	CDU	LINKE	SPD	GRÜNE	AfD
Wahlentscheidung nach Alter -					
Alle	23	19	32	6	12
16 – 24 Jahre	19	15	20	13	15
25 – 34 Jahre	22	17	22	7	16
35 – 44 Jahre	27	14	24	9	15
45 – 59 Jahre	24	18	29	8	13
60 – 69 Jahre	23	21	36	4	11
Über 70 Jahre	22	21	45	2	7
Wahlentscheidung nach Beruf/Tätigkeit und Bildungsgrad					
Alle	23	19	32	6	12
Arbeiter	16	19	30	4	19
Angestellte	23	17	31	8	12
Selbständige	36	11	16	10	17
Rentner	22	23	40	3	8
Arbeitslose	16	27	24	6	14

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile in wechselnder Autor/-innenschaft unter Federführung von Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de) und Cornelia Hildebrandt (europäische Wahlnachtberichterstattung in Kooperation mit der Europäischen Stiftung Transform) als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahlnachlesen«

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Die Autorinnen geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.

Die Autorin dieses Berichts: Cornelia Hildebrandt, Referentin für Parteien und soziale Bewegungen am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 31.08./01.09.2014 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.